

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ Haushalt

Etat 2008/2009
beschlossen

■ Kreisgebietsreform

Leitbild der Landes-
regierung

■ Standpunkt

Kinderrechte ins
Grundgesetz?

■ Interview

Bauen am
Schweriner Schloss

■ Empfang

Sternsinger
im Landtag



Jahrgang 18
1 / 2008

Seiten 3 / 13

Spezial

Parlamentsforum
Südliche Ostsee:
Internationale Anhörung
der Arbeitsgruppe Energie

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum

Aktuelle Stunde:
Vernachlässigte Kinder –
Ursachen und Auswege

Seiten 6 – 11

Weitere Themen:

Haushalt 2008/2009
Leitbild für Kreisgebietsreform
Gesetz zum Jugendstrafvollzug
Gesundheitsvorsorge für Kinder
EU-Agrarförderung
Bombodrom Kyritz-Ruppiner Heide

Seite 12

Standpunkt

Kinderrechte ins Grundgesetz?

Seiten 14 – 15

Aus den Ausschüssen**Enquetekommission**

Anhörung zur Verwaltungsreform
in Sachsen-Anhalt
Europa- und Rechtsausschuss
Grenzöffnung nach Osteuropa

Seiten 16 – 17

Panorama

Weihnachtsfeier des Landtages
Kunstwettbewerb für Menschen
mit Behinderung
Sternsinger-Empfang im Landtag

Seiten 18 – 19

Schlossgeschichten

Bauen am Schloss –
Interview mit Landtagspräsidentin
Sylvia Bretschneider

Titelbild (Uwe Sinnecker): Blick von
der Orangerieterrasse des Schlosses
auf den Schweriner See.

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-
Vorpommern**
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 - 2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.
Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Mit Symbol- politik zum Kinderland

■ *Es sind gute Nachrichten. Seit Jahren gibt es in MV so viele Kita-Plätze, dass Betreuung findet, wer darauf angewiesen ist – auch früh am Morgen oder spät am Nachmittag. Gleiches gilt für den Hort. In den Schulen sollen Kinder gemeinsam länger lernen und in Tagesstätten ihr Mittagessen kostenlos bekommen. Chancengleichheit und Bildungsfreiheit wird gefordert. Mehr Rechte für alle Kinder! Die sollen auch gleich im Grundgesetz verankert werden, in der Landesverfassung stehen sie bereits. Mecklenburg-Vorpommern das Kinderland, Familienland oder doch lieber Gesundheitsland oder Tourismusland? Was Mecklenburg-Vorpommern alles so werden soll, richtet sich nach dem jeweils applaudierenden Publikum, ein passendes Leitbild gibt es gratis dazu.*

Es sind schlechte Nachrichten, wenn man sich die Fakten anschaut. Mecklenburg-Vorpommern steht – im Sportlerjargon ausgedrückt – meistens auf einem Abstiegsplatz. Nur wohin absteigen? Die Statistiken malen ein verheerendes Bild: Unsere Kinder sind zu dick, haben keine Lust aufs Abitur, später als Frauen finden sie keine Arbeit und als Männer trinken sie viel und sterben früh. Nichts ist mit Gesundheitsland und mit Kinderland schon mal gar nicht.

Lea-Sophie. Während sich die Kommunalverwalter und -vertreter gegenseitig die Schuld zuschieben, rufen Politiker nach dem Grundgesetz, wollen die Rechte der Kinder und die Pflichten der Eltern manifestieren. Befürworter dieses Vorhabens glauben an die Macht von Symbolen, die Kinderrechte ins Bewusstsein von Richtern, Jugendämtern und der Gesellschaft allgemein heben soll.

Zusätze in der Landesverfassung oder im Grundgesetz gehören zur Symbolpolitik. Sie schaden nicht, aber allein genommen helfen sie auch nicht. Vor allem nicht in solch tragischen Fällen von Misshandlung und Vernachlässigung wie bei Kevin aus Bremen oder Lea-Sophie aus Schwerin.

Symbolpolitik nützt ebenso wenig, wenn es um alltägliche Kinderrechte geht. Was hingegen Kindern nützen würde, wäre, die vorhandenen Gesetze so umzusetzen, wie es der Gesetzgeber vorgesehen hat,



Michaela Ludmann (39 Jahre). Volontariat beim Nordkurier. Nach Stationen u.a. in Neubrandenburg, Ueckermünde und Greifswald zog sie 1998 nach Schwerin. Dort arbeitet sie als freie Journalistin für Projekte wie die Selbsthilfezeitung „Hilf Dir selbst“ oder die efi-Landeszeitung „Engagiert“ und hält Seminare über Öffentlichkeitsarbeit.

und diese Umsetzung dann auch zu überprüfen. Zum Beispiel das lang diskutierte Kindertages-Förderungsgesetz (KiföG), das strittige Regionalschulkonzept oder die hoch gelobte, aber vom Kinderschutzbund kritisierte Sportförderung im Land. Was daraus geworden ist, bekommen zwar nicht alle, aber viele Eltern und Kinder zu spüren: Fast vier Jahre nach Einführung des KiföGs warten Kindereinrichtungen immer noch monatelang auf ihre – abgespeckten – Vorschulgelde, während zum Teil die Beiträge für Krippe und Co. 2007 wieder deutlich angehoben wurden. Gleichzeitig werden weitere Gelder für Tagesstätten versprochen. Statt die vom Land vorgeschriebenen ganzheitlichen Konzepte für Kindertagesstätten anzuwenden, belächeln in der Praxis Leiterinnen solche Konzepte, proben den Frontalunterricht und machen weiter wie bisher. Regionalschulen haben das „Längere gemeinsame Lernen“ wohl falsch verstanden und denken bei Empfehlungen in erster Linie an ihren Schulstandort. Den Ausweg, den immer mehr Eltern für ihre Kinder wählen – wenn sie es denn bezahlen können – sind Privatschulen. So viel zur Chancengleichheit und Bildungsfreiheit. Außerhalb von Kindergärten und Schule geht es mit der Chancen-Ungleichheit gleich weiter. Während die Landespolitik die Bedeutung des Sports gerade für Kinder herausstellt und Vereine mit weiteren Landesmitteln – auch für die Breitensportförderung – ausstattet, ist es mancherorts üblich, Kinder erst gar nicht im Verein aufzunehmen, wenn es keine Wettkampfleistungen verspricht. Die Freude am Sport ist kein Aufnahmekriterium.

Der Weg auf vordere Plätze ist nicht nur für Kinder schwer, auch für Mecklenburg-Vorpommern. Und solange hat im Kinderland MV Kind halt Pech gehabt, wenn weder seine Maße noch Portemonnaie der Eltern stimmen. Für wirklich gute Nachrichten reicht Symbolpolitik nicht aus.

Michaela Ludmann

Gemeinsam für erneuerbare Energien

Länderübergreifendes Forschungszentrum gefordert



Foto: Uwe Balewski

Die Arbeitsgruppe Energie des Parlamentsforums Südliche Ostsee führte im Dezember 2007 im Schweriner Schloss eine internationale Expertenanhörung durch.

■ Während einer internationalen Anhörung der Arbeitsgruppe Energie des Parlamentsforums Südliche Ostsee haben sich Abgeordnete der Regionalparlamente Pommerns, Westpommerns, Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns im Schweriner Schloss für eine engere Zusammenarbeit beim Thema „Erneuerbare Energien“ ausgesprochen. Ein wichtiges Ziel dabei ist die Gründung eines länderübergreifenden Forschungszentrums. Die Arbeitsgruppe will diesen Vorschlag dem 6. Parlamentsforum unterbreiten, das im Mai 2008 in Stettin zusammentreten wird.

Rund 60 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung nahmen am 19. und 20. Dezember 2007 an der ersten internationalen Anhörung im Schweriner Landtag teil, die das Parlamentsforum Südliche Ostsee zum Thema „Energie“ durchgeführt hat. Thematischer Schwerpunkt der Anhörung war die Ermittlung vergleichbarer Daten aus den am Forum beteiligten Regionen als Grundlage für weitere Überlegungen. Neben den Chancen eines regionalen Energiemix und Wegen zu deutlich höherer Energieeffizienz wurden auch notwendige Infrastrukturmaßnahmen so-

wie der Einsatz ökonomischer Instrumente, der Einsatz dezentraler Energieversorgungssysteme im ländlichen Raum sowie Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte erörtert.

„Durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit ließen sich die Potenziale der Forschung an den Universitäten und übrigen Hochschulen des Landes auf polnischer wie auf deutscher Seite sowie die Erfahrungen regionaler Kompetenzzentren bündeln und effektiver nutzen“, resümierte der Arbeitsgruppenvorsitzende und Vorsitzende des Rechts- und Europaausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern **Detlef Müller**. Ziel sei es, die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die gesamte südliche Ostseeregion voranzutreiben und zu beschleunigen. „Insofern ist das angestrebte länderübergreifende Zentrum ein wichtiger Schritt“, betonte Müller.

Jörgen Thiele von der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin hatte unter anderem deutlich herausgestellt, dass Chancen, die sich für Unternehmen aus der Umsetzung einer zukunftsweisenden Energiepolitik ergeben können, umgehend geprüft wer-

den müssen. Im globalen Wettbewerb habe allein derjenige Erfolg, der am schnellsten die notwendigen Schritte erkenne und umsetze.

Dr. Karl Kellner von der Europäischen Kommission informierte darüber, dass bis 2012 über acht Mrd. Euro in den Strukturfonds bereitstünden, um zukunftsweisende Entwicklungen im Energiebereich zu fördern.

Dr. Klaus Müschen vom Umweltbundesamt rechnete vor, dass mit einer Mrd. Euro Programmkosten und 31 Mrd. Euro privaten Investitionskosten Energieeinsparungen in Höhe von 36 Mrd. Euro zu erzielen seien. Somit sei Klimaschutz auch eine lohnende Investition.

Referenten privater Unternehmen führten aus, dass Deutschland eine langfristig angelegte Energiepolitik zu entwickeln habe, in der die Ziele und Rahmenbedingungen klar definiert würden. Der Energiemix ließe sich allerdings nur allmählich ändern, so dass aus ihrer Sicht Kernenergie und Kohle zur Stromerzeugung noch lange die Basis für eine gesicherte Energieversorgung darstellen.

Als wesentliche Voraussetzung für den Paradigmenwechsel in der Energie- und Klimapolitik wurde eine intensive Nutzung der Windenergie herausgestellt, die die zukünftige Basis einer gesicherten regenerativen Energieversorgung bilden solle.

Auf Einladung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern nahmen an der Anhörung sechs Jugendliche als Gäste teil. Wie sie die Tagung erlebt haben, lesen Sie auf Seite 13.



Foto: Cornelius Kettler

Mitglieder der Delegation aus Westpommern

Schutz der Kinder ist Aufgabe der Gesellschaft

Aktuelle Stunde schon nach 30 Minuten zu Ende

■ Eine von der rechtsextremen NPD beantragte Aktuelle Stunde zum Thema „vernachlässigte Kinder“ ist am 12. Dezember im Landtag bereits nach knapp 30 Minuten zu Ende gewesen, weil sich nur zwei Redner zu Wort meldeten. Es gibt im Parlament die Vereinbarung, wonach nur eine Fraktion das Wort zur Gegenrede zu einem NPD-Antrag ergreift. In diesem Fall sprach für die vier demokratischen Fraktionen die CDU-Abgeordnete Ilka Lochner-Borst, die somit auch eine entsprechend längere Redezeit erhielt. Im Laufe eines erregten Wortwechsels während ihrer Rede erhielt der NPD-Abgeordnete Stefan Köster, der im Namen seiner Fraktion zuvor gesprochen hatte, zwei Ordnungsrufe.

In seinem Redebeitrag erinnerte **Stefan Köster** (NPD) an Lea-Sophie, die in Schwerin qualvoll verhungert und verdurstet ist, und an ihre Leidensgefährten in ganz Deutschland. „Die getöteten Kinder sind Zeugen für die Hilflosigkeit der Gesellschaft im Allgemeinen und für die Politik im Besonderen. Warum konnte es geschehen? Dies fragen wir uns alle“, sagte er.



Stefan Köster (NPD)

Allein von Januar bis Oktober 2007 seien in der Hansestadt Rostock 127 Kinder aus Familien herausgeholt und in Obhut gegeben worden. „Anhand dieser Zahlen wird das ganze Dilemma deutlich“, betonte Köster. Die Frage nach den Ursachen habe die NPD bewogen, das Thema für die Aktuelle Stunde zu benennen. 80 bis 100 Kinder würden jedes Jahr von ihren Eltern, „vom eigenen Fleisch und Blut“, getötet. Vor allem junge Mütter würden der seelischen Belastung nicht mehr standhalten. Häufig werden sie dem Redner zufolge von den Männern allein gelassen. „Sie wollen häufig keine Kinder, denn sie stören doch bei der Selbstver-

wirklichung. Sie geben sich völlig ahnungslos, wenn ihre Frauen ein Kind bekommen und es sich selbst überlassen“, sagte er. „Ist diese Gesellschaft wirklich schon so kalt und empfindungslos, dass sich jeder nur noch um sich selbst kümmert?“, fragte er. Auch die „vielen, vielen Abtreibungen aus so genannten sozialen Gründen“ seien ein deutliches Zeichen für eine herzlose Gesellschaft. Köster fragte, warum „viele gute Maßnahmen der DDR“ einfach aufgegeben wurden. „Warum gibt es zum Beispiel keine Meldepflicht der Kliniken und Geburtshäuser gegenüber dem Standesamt mehr?“ An die Abgeordneten der anderen Fraktionen richtete er die Frage, warum der Gesetzentwurf seiner Fraktion, der im Zusammenhang mit den Früherkennungsuntersuchungen ein Kontrollsystem vorsah, abgelehnt wurde. „Im Saarland wurden doch mit diesen Regelungen gute Erfahrungen gemacht. Wollen Sie die Lücken im System nicht schließen?“ Die Politik müsse, so Köster, nicht nur über den Schutz des Kindeswohls reden, sondern „endlich auch Taten folgen lassen“.

„Es ist unmenschlich, ein Kind verhungern zu lassen, es zu vergewaltigen oder es zu Tode zu prügeln“, sagte die CDU-Parlamentarierin **Ilka Lochner-Borst** in ihrer Rede. Niemand habe aus welchen angeblichen Gründen auch immer das Recht, Schutzbefohlene so grausam zu misshandeln. Die Verhütung von Gewalt gegen Kinder ist ihrer Meinung nach zuallererst eine Aufgabe der Familien und der gesamten Gesellschaft, erst in zweiter



Ilka Lochner-Borst (CDU)

Linie Aufgabe des Staates. Stress, Überforderung, Arbeitslosigkeit und auch Armut könne und wolle sie nicht gelten lassen, um Brutalität und Gewalt an einem wehrlosen Geschöpf zu begründen.

Wenn ein Kind zu Tode komme, müsse genau geprüft werden, ob zuständigen Behörden und Ämtern Fehler unterlaufen seien. Wenn pflichtwidrig gehandelt wurde, seien Konsequenzen unumgänglich. Es dürfe aber nicht passieren, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden, Erzieherinnen und Erzieher in Kitas, Lehrerinnen und Lehrer in Schulen, Ärztinnen und Ärzte wohlmöglich mit dem lapidaren Satz, die hätten das doch merken müssen, unter eine Generalanklage gestellt würden und der Rest der Gesellschaft, nachdem ein Schuldiger ausgemacht wurde, zur Tagesordnung übergehe, betonte die Rednerin. „Höchsten Respekt habe ich vor all denen, die sich nicht nur dann mit dem Schicksal der Kinder befassen, wenn ein tragischer Fall ins Licht der Öffentlichkeit rückt, sondern in ehrenamtlicher Tätigkeit beim Kinderschutzbund und ähnlichen Organisationen, in Jugendclubs, in Vereinen oder hauptberuflich in Jugendämtern, Kitas, in Schulen, in Arztpraxen oder auch als Gleichstellungsbeauftragte beständig das Wohl unserer Kinder im Auge haben“, sagte sie. Nach ihrer Auffassung müsse ein „multi-professioneller Kinderschutz“ etabliert werden. Der Staat könne dies durch Gesetze und Verordnungen flankieren. „Wir müssen natürlich darüber diskutieren, ob z.B. verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen oder verbindliche Einladungen zur

Foto: Uwe Balwski

Foto: Uwe Balwski



Foto: Jens Büttner

NEUE PUBLIKATIONEN

Dokumentation Verfassungsänderung

In einer neu erschienenen Publikation werden das Verfahren und die Beratungen zur Erweiterung der Landesverfassung um eine neue Staatszielbestimmung dokumentiert. Die Publikation trägt den Titel „Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit“ – Die dritte Änderung der Landesverfassung“.

Landesverfassung

Die Textausgabe der Landesverfassung ist neu erschienen. Die Neuauflage berücksichtigt die am 20. Dezember 2007 in Kraft getretene Änderung der Landesverfassung.

Dokumentation „Jugend im Landtag“

Die Dokumentation berichtet ausführlich über Themen, Workshops und Ergebnisse sowie das bunte Rahmenprogramm der Veranstaltung, an der vom 2. – 6. Juli 2007 über 100 Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern teilnahmen. Mit vielen Fotos und frechem Layout – von Jugendlichen für Jugendliche (und Junggebliebene) gemacht.

Die Publikationen sind kostenfrei über das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landtages erhältlich.

Vorsorgeuntersuchung ein probates Mittel sind, um Kindesmisshandlungen und Kindesmissbrauch wirksam entgegenzutreten“, sagte sie. Eine enge Verzahnung von Gesundheitssystemen mit Kinder- und Jugendhilfe sei dabei sicher hilfreich. „Wir werden im Laufe dieser Landtagssitzung und darüber hinaus in den betreffenden Fachausschüssen über dieses Thema diskutieren“, erklärte Lochner-Borst.

Große Sorgen mache sie sich darüber, dass ein Teil der Gesellschaft offensichtlich ein hohes Gewaltpotenzial in sich trage und die Hemmschwelle, es auch zu nutzen, bei diesen Menschen sehr niedrig sei. „Wir müssen dem Einzelnen deutlich machen, dass seine persönliche Freiheit immer auf der Verantwortung sich selbst und seinen Mitmenschen gegenüber fußt, dass eine Gesellschaft aus gemeinschaftsunfähigen Egos nicht bestehen kann. Wir müssen uns wieder stärker auf den Gedanken der Aufklärung und des Humanismus, die Christen unter uns auf das christliche Menschenbild, besinnen“, forderte die Politikerin.

Der NPD spreche sie das Recht ab, Fragen von Missbrauch, Misshandlungen, Gewalt und Brutalität vor allem gegen Kinder zu diskutieren, und erinnerte an die Verbrechen des Nazi-Regimes: „Die NSDAP hat Tausende Kinder in ihren Euthanasieprogrammen gequält und ermordet. Sie hat in ihrem Rassenwahn auch vor Kindern nicht Halt gemacht!“ Die NPD selbst habe in ihren Reihen ein extremes Problem mit Gewaltbereitschaft und ent-

sprechend niedrige Hemmschwellen, diese auch anzuwenden, wie Herr Köster bewiesen habe, sagte sie im Hinblick auf eine Verurteilung des NPD-Abgeordneten wegen Körperverletzung. „Sagen Sie uns, Herr Köster, warum Sie auf eine wehrlos am Boden liegende Frau eingetreten haben“, forderte sie ihren Vorredner auf. „Sagen Sie uns, wo in diesem Moment all Ihre Betroffenheit, die Sie hier immer wieder und angeblich zum Schutz der Menschen in unserem Land zur Schau stellen, geblieben war.“ Auch diese Tat stelle einen Gewalteinbruch in den Alltag dar, der die Normalität brutal störe. „Eine Tat, die trotz Recht und Gesetz nicht verhindert werden konnte. Gewalt und Brutalität lassen sich nicht einfach durch ein Gesetz abstellen“, zog sie ein Fazit. Wer ohne Gewalt und Brutalität leben will, der braucht ihrer Überzeugung nach vor allem Werte in seinem Leben, die in den „Propagandapapieren der NPD“ nicht zu finden sind.

Sich um die Kleinsten und die Schwächsten zu kümmern, sei eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe. „Und wir können mit dafür sorgen, dass Kinder als Bereicherung verstanden werden und Familien sich in unserer Gesellschaft aufgehoben fühlen. Zeigen wir unseren Kindern durch Liebe und Zuwendung, dass sie gewollt sind!“ Die Eltern sollen wissen, dass sie nicht allein sind. „So können wir dafür sorgen, dass die Verrohung in unserer Gesellschaft beendet wird.“



Landtag beschließt Etat für 2008/2009

Haushalt ohne neue Schulden

■ Der Landtag hat am 13. Dezember mit den Stimmen der SPD/CDU-Koalition den Doppelhaushalt für 2008 / 2009 beschlossen und sich dabei erstmals auch zum Abbau des 11-Milliarden-Schuldenberges verpflichtet. 2008 will das Land 100 Millionen und im Jahr 2009 dann 150 Millionen Euro an Krediten zurückzahlen, statt wie in Vorjahren neue Schulden zu machen. Der Etat umfasst jeweils 7 Milliarden Euro. Höchster Ausgabenposten sind die Personalkosten mit knapp 1,6 Milliarden Euro pro Jahr. Die Investitionsausgaben bleiben mit jährlich gut 1,1 Milliarden Euro überdurchschnittlich hoch. Die Opposition äußerte sich zwar anerkennend, dass ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wurde, beklagte aber zum Teil falsche Weichenstellungen. DIE LINKE und die NPD stimmten gegen den Etat, die FDP enthielt sich bei der Abstimmung.



Foto: Cornelius Kettler

Finanzministerin Sigrid Keler erläuterte die wichtigsten Ergebnisse der parlamentarischen Haushaltsberatungen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Volker Schlotmann** sprach von einem „ausgewogenen Verhältnis zwischen sozialer Gerechtigkeit auf der einen und Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite“. Der Doppelhaushalt setze Prioritäten. Unter anderem seien die Mittel für das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz um jährlich weitere 235.000 Euro aufgestockt worden. Es gebe auch „kein Gegeneinander von Umwelt und Wirtschaft“. So ist der Doppelhaushalt nach den Worten Schlotmanns „das Ergebnis einer Politik mit Realitätssinn und tragfähiger Konzepte“.

In den vorangegangenen Etatberatungen hatten die Abgeordneten Umschichtungen unter anderem zu Gunsten der Kinderbetreuung, der Schulen, der Sportförderung und der Wohlfahrtsverbände vorgenommen. So sollen von August 2008 an Eltern von Kita-Beiträgen entlastet und in Kindertagesstätten bei Bedarf Essengeldzuschüsse gezahlt werden. Zur Förderung des Modells „Selbstständige Schule“ wurden für beide Jahre weitere 9 Millionen Euro eingestellt, für Sportvereine pro Jahr zusätzlich 500.000 Euro. Mehr Geld gibt es auch für die Wirtschaftsförderung, da der Bund die GA-Förderung aufstockte,

und nach einer Gesetzesänderung auch für BAföG. Insgesamt steigen die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um 46,5 Millionen Euro.

Die oppositionelle Fraktion DIE LINKE beklagte, dass im Rahmen der Haushaltsbera-

tungen ihre Vorschläge für Etatänderungen zu Gunsten von Bildung, Kinderbetreuung und Arbeitsmarktpolitik nicht berücksichtigt wurden. Fraktionsvorsitzender **Prof. Dr. Wolfgang Methling** kritisierte es als Fehler, das von der rot-roten Vorgängerregierung initiierte Arbeitsmarktprogramm zu zerschlagen. „Dieses Land braucht eine aktive innovative Arbeitsmarktpolitik mit einem starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“, betonte Methling unter Hinweis auf den hohen Anteil Langzeitarbeitsloser im Land. Kritik äußerte er erneut auch an den Mittelkürzungen für die vorschulische Bildung.

CDU und SPD wiesen die Kritik zurück. Das Land habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und sei mit dem Schuldenabbau auf dem richtigen Weg. „Der Kurs ist alternativlos“, sagte CDU-Fraktionschef **Dr. Armin Jäger**, der insbesondere die verbesserte Finanzausstattung der Kommunen hervorhob: „Seit Jahren werden die Zuweisungen erstmals wieder steigen.“

Finanzministerin **Sigrid Keler** betonte, Mecklenburg-Vorpommern setze trotz steigender Steuereinnahmen den Kurs der Haushaltskonsolidierung fort. Damit bewahre sich das Land angesichts rückläufiger Zuschüsse von Bund und EU in den kommenden Jahren die „zukünftige Handlungsfähigkeit“. Im Doppelhaushalt werde den Bereichen Familie, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung besonderes Augenmerk geschenkt. Dort sei der Etat im Vergleich zum Regierungsentwurf auch aufgestockt worden. Darüber hinausgehenden Forderungen erteilte Keler eine Absage: „Für zusätzliche Ausgabenprogramme und ungewisse Abenteuer ist es nicht die Zeit.“

Rudolf Borchert (SPD) warnte vor zu großer Euphorie. Das Land müsse sich auch auf schlechtere Zeiten einstellen. Der jetzige Aufschwung sei labil. Zudem gebe es Risiken im Zusammenhang mit der Globalisierung der Finanzmärkte. „Wir werden mit dem Haushalt 2008/09 erstmals eine Rücklage von insgesamt 100 Millionen Euro bilden“, sagte er. Darauf könne man zugreifen, wenn die Steuereinnahmen konjunkturbedingt wieder sinken. Er zeigte sich überzeugt, dass der Landtag mit dem Doppelhaushalt wichtige Voraussetzungen schafft, um die positive Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns weiter voranzubringen.

ECKDATEN ZUM LANDESHAUSHALT 2008/9

Mio. Euro	2008	2009
Einnahmen = Ausgaben	7.137,9	7.035,5
Investitionsausgaben	1.170,1	1.135,2
Personalausgaben	1.575,9	1.566,8
Netto-Kreditaufnahme	0	0
Netto-Tilgungen	100	150

Egbert Liskow (CDU) bezeichnete den Haushalt als insgesamt „sehr gut, auch wenn hier und da Verbesserungen möglich gewesen wären“. Jedoch ist die Kritik der LINKEN seiner Meinung nach nicht berechtigt. Vor allem die Kommunen würden profitieren, hob er hervor. Die Regierung mit der Finanzministerin an der Spitze habe gut vorgearbeitet. „Der Doppelhaushalt kann sich sehen lassen“, sagte Liskow.

FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** begrüßte zwar die Vorlage eines ausgeglichenen Haushaltes durch die große Koalition, doch sei dies weniger deren Leistung als vielmehr Folge der guten Konjunktur und der erhöhten Steuerbelastung für die Bürger. Mit ihrem Etat bleibe die Regierung zudem die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft schuldig. So würden die Investitionen in die Bildung und die medizinische Betreuung im ländlichen Raum den Anforderungen bei weitem nicht gerecht.

Wie Roolf kritisierte auch **Angelika Gramkow** (DIE LINKE), Vorsitzende des Finanzausschusses, dass die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU eine offene Diskussion um den besten Mitteleinsatz gescheut hätten. „Ich hätte mir neben einem Mehr an Transparenz im Haushalt auch mehr Selbstvertrauen im Ausschuss gewünscht und weniger Hinschauen auf das, was die Landesregierung meint“, sagte Gramkow.

Die rechtsextreme NPD hatte sich nicht an den Ausschussberatungen beteiligt. Fraktionschef **Udo Pastörs** begründete dies mit „scheindemokratischen Spiegelfechtereien“ in den Ausschüssen, an denen seine Partei nicht teilhaben wolle. Er forderte im Plenum, unter anderem die Ausgaben für die politische Bildung von 134.000 auf 50.000 Euro zu reduzieren.

Für starke Oberzentren

Regierung stellt Leitbild für Kreisreform vor

■ In der Diskussion um die Verwaltungs- und Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern hat sich Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff für Eingemeindungen von Nachbardörfern in größere Städte ausgesprochen. Die Städte müssten schlagkräftig sein, um ihre Aufgaben als Oberzentren erfüllen zu können, sagte Ringstorff am 12. Dezember im Landtag. „Hier sehe ich noch deutlichen Diskussionsbedarf“, räumte er bei der Unterrichtung des Parlaments ein.



Foto: Jens Büttner

Rathaus der Hansestadt Stralsund

Unstrittig sei, dass Rostock eine kreisfreie Stadt bleibe. Auch für die Landeshauptstadt Schwerin könne dieser Status eventuell weiter in Frage kommen. Von den Oberbürgermeistern der kleineren kreisfreien Städte (Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar) forderte **Dr. Harald Ringstorff** „Einsicht in die Notwendigkeit“. Diese Städte sollen in die Landkreise eingehen, sind aber zum Teil dagegen. Denkbar sei der Status der „großen kreisangehörigen Stadt“ mit Sonderkompetenzen. Der Ministerpräsident bezeichnete die von der Regierung vorgelegten Eckwerte für die künftigen Großkreise als vernünftig. So sollen die Kreise im Jahr 2020 noch mindestens 175.000 Einwohner haben. Es gebe mit Blick auf die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns als eigenständiges Bundesland keine Alternative, betonte Ringstorff.

Gabriele Mestan (DIE LINKE) signalisierte für ihre Fraktion weiteren Ergänzungs- und Klärungsbedarf. So müsse das Leit-

Etat der Ressorts für 2008 (Betrag in TEURO)

gesamt	7.137.907,10
Landtag	27.633
Landesrechnungshof	5.878,40
Staatskanzlei	13.935,20
Innenministerium	545.804,80
Finanzministerium	149.889,00 Euro
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	428.789,20
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	1.239.554,90
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	442.429,90
Justizministerium	275.140,70
Ministerium für Soziales und Gesundheit	903.503,80
Allgemeine Finanzverwaltung	2.320.463,10
Hochbaumaßnahmen des Landes	220.039,50
Landesverfassungsgericht	187,00
Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung	564.658,70

Grafik: Uwe Sinnecker

bild auch Angaben zu Möglichkeiten eines Wechsels der Gemeinden in einen anderen Kreis beinhalten, nannte sie ein Beispiel. Das bisher vorgelegte Leitbild ist ihrer Auffassung nach noch weit von einer umfassenden Verwaltungs- und Funktionalreform entfernt.

Die SPD-Abgeordnete **Martina Tegtmeier** begründete einen Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem die Enquetekommission des Landtages beauftragt wird, bis Ende März 2008 eine Zwischenbilanz zu ziehen. Der ehrgeizige Zeitplan für die Reform erfordere dies. Es sei geplant, die gesetzlichen Grundlagen für die Reform bis Mitte 2010 zu schaffen. Im Jahr 2011 soll erstmals in den neuen Kreisstrukturen gewählt werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der NPD-Fraktion angenommen.

Innenminister **Lorenz Caffier** unterstrich: „Unser Land muss als Ganzes zukunftsfähig bleiben.“ Mecklenburg-Vorpommern ist mit 73 Einwohnern je Quadratkilometer das am dünnsten besiedelte Bundesland. In Schleswig-Holstein sind es 179. Die neuen Kreise müssen überschaubar und zugleich einwohnerstark sein, forderte Caffier. In jedem Einzelfall müssten die Gegebenheiten vor Ort beachtet werden. „Nur wir als Große Koalition können die dringend notwendigen Reformen schnell und unter strenger Beachtung der Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes auf den Weg bringen“, ist der Innenminister überzeugt.

Der FDP-Abgeordnete **Gino Leonhard** warnte vor gerichtlichen Klagen der betroffenen Städte. „Im Zweifel machen wir uns auch auf den Weg“, betonte er.

„Albernheiten wie eine Kreisgebietsreform brauchen wir nicht“, sagte **Michael Andrejewski** (NPD). Er forderte die Politik auf, „ehrlich“ zu sein und „Mecklenburg-Vorpommern zum gescheiterten Bundesland“ zu erklären.

Ein Leitbild sei nicht mehr und auch nicht weniger als ein „Orientierungsrahmen“, betonte **Vincent Kokert**, der die Rede seines erkrankten CDU-Kollegen Wolf-Dieter Ringguth hielt. So sei es nur logisch, dass viele Fragen noch offen sind, hielt er Kritikern entgegen. Es sei wichtig, bei der weiteren Ausgestaltung die kommunale Ebene einzubeziehen.

Verbindliche Vorsorge- Untersuchungen für Kinder

Änderungen des Landesgesetzes zum Gesundheitsdienst

■ **In Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich die Einführung verbindlicher Früherkennungsuntersuchungen für Kinder ab. Erwin Sellering kündigte am 12. Dezember im Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung an. Der Sozialminister reagierte damit auf den Vorstoß der oppositionellen Linksfraktion, die auf der Sitzung einen eigenen Gesetzentwurf ins Parlament einbrachte.**

Foto: Jens Büttner



Mit der Änderung des Landesgesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst will DIE LINKE frühkindliche Untersuchungen für verbindlich erklären. Diese sollen regelmäßig in Kooperation von Gesundheitsämtern und niedergelassenen Ärzten in Kindertagesstätten vorgenommen werden. Wer sein Kind zu Hause betreue, solle dazu eingeladen werden und nach zweimaliger Aufforderung Besuch vom Jugendamt bekommen. Ihre Fraktion verzichte bewusst auf repressive Maßnahmen wie Bußgelder oder einen Zwang zu Untersuchungen, hob **Dr. Marianne Linke** hervor, die den Entwurf begründete.

Der Plan des Justizministers sieht vor, dass Eltern, die an den bisher freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen nicht teilnehmen, angeschrieben werden. Stellen sie ihr Kind dann immer noch nicht vor, soll die Familie durch Mitarbeiter des Gesundheitsamtes aufgesucht werden. Dabei soll Hilfe durch Familienhebammen angeboten werden. Für ein möglicherweise nötiges Einschreiten des Jugendamtes schlug Minister **Erwin Sellering** ein landesweit zentral geregeltes System vor. Zudem

plant der Minister eine Kinderschutz-Hotline. Redner warnten als Reaktion auf das Modell der Linksfraktion vor Doppelstrukturen, die Kräfte binden würden, die anderswo dringend benötigt würden.

Der innenpolitische Sprecher der LINKEN, **Peter Ritter**, hielt dagegen: „Wir halten die dadurch anfallenden Kosten für gerechtfertigt.“ Seine Fraktion zweifle im Übrigen auch nicht an der Kompetenz der Jugendämter. Hinweise zum Verdacht auf

Kindeswohlgefährdung könnten schon jetzt per Telefon, Fax, E-Mail oder Brief „auch ohne Absender“ beim Jugendamt abgegeben werden. Die zusätzliche Einrichtung einer Telefon-Hotline hält er für überflüssig. Die Kosten sollten lieber an die sozialen Dienste gehen, die weitere Kürzungen seiner Auffassung nach nicht verkraften.

Dr. Norbert Nieszery, SPD-Abgeordneter, verwies auf das Problem, dass die Abstände der Untersuchungen bei über Zweijährigen sehr groß sind. Er regte die Einrichtung von so genannten Gewalt- oder Opferambulanzen an, wie sie unter anderem in Hamburg existieren. Kinder, die nicht in einer Tagesstätte betreut werden, sollten in unregelmäßigen Abständen entweder von Familienhebammen oder geschulten Mitarbeitern der Jugend- oder Gesundheitsämter aufgesucht werden.

Ralf Grabow, sozialpolitischer Sprecher der FDP, sprach sich gegen „politischen Aktionismus“ aus. Seine Fraktion halte den Weg der LINKEN für falsch. Ein bewährtes System der Gesundheitsvorsorge dürfe nicht für Kontrollzwecke missbraucht werden. Die Liberalen halten es seinen Worten nach für wichtiger, die Untersuchungen zur Schulfähigkeit künftig schon bei Dreijährigen vorzunehmen.

Günter Rühls (CDU) sprach sich ebenfalls gegen den Gesetzentwurf der LINKEN aus. In erster Linie sollte den Eltern die Verantwortung für die Kinder überlassen

sein. Er verwies darauf, dass die Koalition ein eigenes Gesetz vorbereitet. Das erforderliche Zeit. „Schnellschüsse sind hier keine Hilfe“, sagte er.

Tino Müller (NPD) sieht in der vom Sozialminister ins Spiel gebrachten Telefon-Hotline die Gefahr einer „Quasselbude“. Er machte die Politik aller anderen Fraktionen verantwortlich für „gesellschaftliche Kälte im Land“.

Der Gesetzentwurf der LINKEN wurde zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Hausärzte

FDP-Antrag für flächendeckende ambulante Versorgung abgelehnt

■ Die FDP-Fraktion forderte am 13. Dezember im Landtag, zusätzliche Anreize für eine flächendeckende ambulante Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Die Parlamentarier lehnten nach kontroverser Debatte den Antrag in der namentlichen Abstimmung mehrheitlich ab.

Rückgang der Anzahl der Hausärzte, Ärztemangel in fast allen Fachgruppen, Überalterung – seit Jahren verschlechterte sich die ambulante Versorgung im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern, begründete **Ralf Grabow**, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, den Antrag. Aktuell sind dem Antrag zufolge von insgesamt rund 2.300 Vertragsärzten bereits 453 älter als 60 Jahre und scheiden damit in absehbarer Zeit aus der ambulanten Versorgung aus. „Die Landesregierung hat bisher viel zu wenig getan, um der Entwicklung entgegenzuwirken“, sagte der Liberale. Das könne man nicht hinnehmen. Die flächendeckende Versorgung durch Ärzte sei gerade in Zeiten des demografischen Wandels wichtig. Deshalb müsse die Landesregierung unter anderem die Niederlassungsbedingungen für Ärzte verbessern und ein Förderprogramm für junge Mediziner entwickeln, um Praxisgründungen oder -übernahmen zu vereinfachen.

Noch sei die ärztliche Versorgung im Vergleich zu anderen Bundesländern gut bis sehr gut, betonte Sozialminister **Erwin Sellering**. Allerdings werde bei insgesamt abnehmender Bevölkerungszahl der

Anteil älterer Menschen weiter steigen. „Deshalb arbeiten wir schon an der Umsetzung eines Masterplans“, sagte der Minister. Bei der demografischen Entwicklung werde auch die Ärztedichte geringer werden. Kommunen können dem Minister zufolge unter anderem mit der Bereitstellung von Immobilien dafür sorgen, dass sich ein Landarzt in der Region ansiedelt, und damit dem Trend entgegenwirken.

Dr. Marianne Linke von der Linksfraktion erinnerte daran, dass der von der rot-roten Landesregierung 2005 vorgelegte Masterplan bereits die wichtigsten Eckpunkte für eine auch künftig flächendeckende ärztliche Versorgung enthält. Sie kritisierte, dass die neue Regierung „praktisch keine weiteren Schritte zur Umsetzung“ des Konzeptes unternommen habe. „Was unternimmt die Landesregierung beispielsweise, um junge Medizinstudenten unserer Universitäten für unser Land zu interessieren?“, fragte sie. Die Sorgen der FDP bezeichnete sie als berechtigt. Daher werde ihre Fraktion den Antrag unterstützen.

Der Masterplan werde bereits umgesetzt, widersprach **Harry Glawe** (CDU) den Kritikern aus der Opposition. Erste Modellprojekte zur Tele-Medizin starten Glawe zufolge schon 2008. Auch das Projekt „Schwester Agnes“, bei dem mobile Gemeindeschwestern Ärzte entlasten sollen, mache bereits Fortschritte.

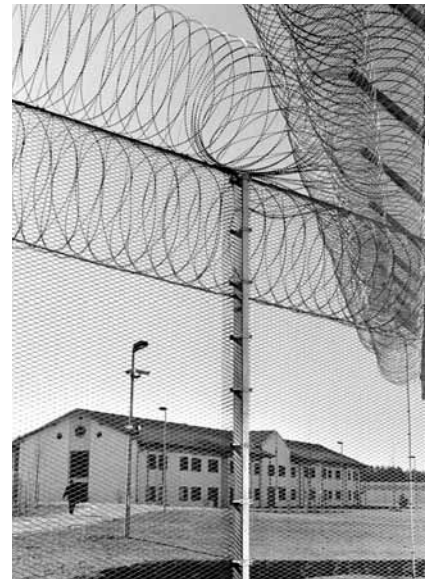
Stefan Köster (NPD) machte auf Unterschiede in der Versorgung mit Fachärzten aufmerksam. Während beispielsweise in Rostock ein Radiologe für etwa 24.000 Einwohner zur Verfügung stehe, habe er in der Region Ludwigslust etwa das Fünffache an potenziellen Patienten zu versorgen. „Alle Fachärzte im ländlichen Raum sind überfordert“, sagte er. Die Gesundheitsvorsorge müsse aber auch dort gewährleistet werden. Seine Fraktion befürwortete den Antrag.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden dem Antrag nicht zustimmen, sagte **Jörg Heydorn** (SPD). Er enthalte weder neue Sachverhalte noch neue Lösungsansätze. Heydorn räumte ein, dass die hausärztliche Versorgung künftig problematisch werde. Er regte unter anderem eine Zulage für Landärzte, Unterstützung für Ärzte, die aus dem Ausland hierher kommen, und die Einführung eines Lehrfaches „Allgemeinmedizin“ in den Universitäten an.

Sozialtherapie

Landtag beschließt Strafvollzugsgesetz für M-V

■ Jugendliche Gewalttäter in Mecklenburg-Vorpommern können künftig in der Haft eine Sozialtherapie erhalten. Dazu werden zwei Psychologen und zwei Sozialpädagogen in der Jugendhaftanstalt in Neustrelitz eingestellt. Das sieht das Jugendstrafvollzugsgesetz vor, das der Landtag am 12. Dezember 2007 mit den Stimmen der Koalition beschloss. Weiter sind die Einzelunterbringung der Häftlinge, Wohngruppen und eine Verdopplung der monatlichen Besuchszeit auf mindestens vier Stunden vorgesehen. Zudem soll es mindestens zwei Stunden Sport pro Woche für jeden Häftling geben. Die schulische und berufliche Ausbildung soll intensiver werden.



Justizministerin **Uta-Maria Kuder** bezeichnete den Entwurf in der Debatte als „gerecht“. Er entspreche den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und orientiere sich konsequent am Erziehungsgedanken, der im Jugendstrafvollzug große Bedeutung hat.

Die Oppositionsfraktionen DIE LINKE und FDP kritisierten, dass ihre zusammen rund 40 Änderungsanträge in den Ausschussberatungen zum größten Teil rasch abgelehnt wurden. Auch seien viele Anregungen aus der Expertenanhörung nicht berücksichtigt worden, sagte die Abge-

ordnete der LINKEN **Barbara Borchardt**. Sie warf der Koalition vor, von vornherein keine offene Debatte um die besten Vorschläge gewollt zu haben. Doch ihrer Meinung nach eignet sich „insbesondere der Jugendstrafvollzug“ nicht für politische Auseinandersetzungen.

Der FDP-Abgeordnete **Toralf Schnur** kritisierte fehlende Obergrenzen für die Größe der Wohngruppen. Wie auch Barbara Borchardt monierte er, dass nicht auf Anerkennungs- und Belohnungssysteme bei gutem Verhalten, sondern vor allem auf Zwang gesetzt werde. Er sprach sich dafür aus, den offenen Vollzug als Regel und den geschlossenen als Ausnahme durchzuführen. „Es geht uns um eine schnelle, nachhaltige und wirkungsvolle Resozialisierung, um einen Strafvollzug mit Erziehungscharakter. Nicht um ein Wegschließen in unübersichtlichen Wohngruppen“, betonte er.

Dr. Norbert Nieszery (SPD) hob die bereits „gute Vollzugspraxis“ in der modernen Einrichtung in Neustrelitz hervor und wies auf die große Bedeutung einer funktionierenden sozialtherapeutischen Abteilung hin.

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** begründete, warum seine Fraktion im zuständigen Ausschuss nicht am Gesetzentwurf mitgearbeitet hat: „Ausschüsse sind nicht öffentlich, sondern versteckt vor dem Volk. Das machen wir nicht mit.“ Den Gesetzentwurf lehne er ab, weil „Kriminelle ausschließlich als Patienten“ betrachtet würden, die therapiert werden müssten, die Opfer aber seiner Ansicht nach keine Rolle spielen.

„Warum gehen Sie dann in die Ausschüsse? Nur um Gelder zu kassieren?“, fragte der CDU-Abgeordnete **Dr. Henning von Storch**. Aus dem Ausschuss seien durchaus Anregungen in das neue Gesetz eingegangen, betonte er. Zudem kündigte der Parlamentarier eine Überprüfung des Gesetzes im Jahr 2010 an.

Ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE wurde nach der Debatte mehrheitlich abgelehnt.



Foto: Jens Büttner

EU-Agrarförderung

Direktzahlungen aus Brüssel bis 2013 erhalten

■ **Der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns hat sich entschieden gegen Pläne der EU ausgesprochen, die Agrarzuschüsse zu Lasten größerer Betriebe umzuschichten. In einem mit großer Mehrheit beschlossenen Antrag wird die Landesregierung in ihrem Bemühen unterstützt, die bis 2013 beschlossenen Direktzahlungen zu erhalten.**

Das Parlament, das sich erst im Juni mit der EU-Agrarförderung befasst hatte, reagierte mit dem von der Linksfraktion initiierten Antrag auf den von EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel angekündigten so genannten Health Check (Gesundheitsüberprüfung). Wie Fischer Boel Ende November mitgeteilt hatte, will sie damit die bislang praktizierte Förderpolitik und deren Auswirkungen einer kritischen Prüfung unterziehen. Vor allem großen Agrarbetrieben, die Struktur bestimmend sind für die ostdeutsche Landwirtschaft, drohen empfindliche Einbußen.

Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE), der den Antrag seiner Fraktion einbrachte, betonte, dass den Bauern in Mecklenburg-Vorpommern Stabilität bis 2013 versprochen wurde. Viele Unternehmen hätten bereits Kredite aufgenommen, jetzt dürfe ihnen gegenüber kein Wortbruch begangen werden. Die Betriebe in allen ostdeut-

schen Ländern seien naturgemäß größer. Sie befänden sich noch immer in der Aufbauphase. Bei einer knapp bemessenen Eigenkapitaldecke würden sich Kürzungen Existenz gefährdend auswirken.

Agrarminister **Dr. Till Backhaus** bezifferte den möglichen Verlust auf 80 Millionen Euro. Das seien etwa 20 Prozent der Ausgleichszahlungen aus Brüssel. Dies könnten die betroffenen Agrarbetriebe nicht kompensieren. „Der angekündigte Gesundheitscheck zum Zustand der Landwirtschaft darf die Landwirtschaft nicht krank machen“, betonte Backhaus.

Toralf Schnur (FDP) sprach sich ebenfalls für eine dauerhaft verlässliche Politik für die Landwirte aus. Das schließe auch die Fortführung der zugesagten Direktzahlungen bis 2013 ein. Dennoch lehne seine Fraktion den Antrag ab. Die Koalitionsfraktionen hätten kurz zuvor eine ähnliche Forderung erhoben. „Zeitversetzte Anträge zum gleichen Thema unterstützen wir nicht“, begründete er.

Die Beihilfen seien unverzichtbar für die Landwirte und notwendig für die Existenz ihrer Betriebe, unterstrich **Ute Schildt** (SPD). „Die Bauern haben Anspruch auf Kontinuität politischer Entscheidungen und auf Planungssicherheit“, sagte sie. Die EU sei von vornherein gar nicht in der Lage, eine „gesunde Agrarpolitik“ zu betreiben, meinte **Raimund Borrmann** (NPD). „Man kann Sie und Ihren Antrag getrost zu den Akten legen“, sagte er in Richtung Linksfraktion.

Dem Antrag wurde mit Änderungen durch die Koalitionsfraktionen mit großer Mehrheit zugestimmt. FDP und NPD lehnten den Antrag ab.

Bombodrom

Parlament untermauert Nein
des Landes

■ Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff hat das Nein des Landes zum Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide untermauert. „Wir brauchen diesen Schießplatz nicht. Wir wollen diesen Schießplatz nicht. Was wir wollen, ist eine friedliche Nutzung der Heide“, sagte Ringstorff am 14. Dezember unter dem Beifall der Abgeordneten im Landtag. In einem gemeinsam eingebrachten Antrag verlangen die Koalitionsfraktionen SPD und CDU sowie die oppositionellen Linksfraktion und FDP den Verzicht auf die militärische Nutzung des sogenannten Bombodroms im Norden Brandenburgs. Der Bundestag wird aufgefordert, sich gegen die fortbestehenden Pläne des Bundesverteidigungsministeriums einzusetzen.

„Der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns ist der Auffassung, dass es nach mehr als 15 Jahren Bürgerwiderstand gegen den Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide und 23 gerichtlichen Entscheidungen gegen eine Inbetriebnahme des genannten Schießplatzes an der Zeit für eine Abkehr (...) ist“, heißt es in dem Antrag. Der Abgeordnete der Linksfraktion, **Andreas Bluhm**, der die gemeinsame Forderung ins Parlament einbrachte, hob die große Übereinstimmung in diesem Antrag unter den demokratischen Parteien hervor, „unabhängig von der Prägung und den politischen Vorstellungen“. Vom Landtag aus sollen Signale in alle Fraktionen des Bundestages gesendet werden, damit auf politischem Weg eine Lösung gegen den Luft-Boden-Schießplatz herbeigeführt werden könne. **Raimund Bormann** (NPD) warf den Koalitionsfraktionen vor, im Bundestag eine Regierung zu stützen, die Kriege zu führen bereit sei. Er sprach von einer „bewussten Theaterinszenierung“ nach dem Motto: Guter Polizist – böser Polizist. In der Region selbst werden erhebliche Beeinträchtigungen für die touristische Entwicklung befürchtet.



Foto: Jens Büttner

Darauf ging auch Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** in seiner Rede ein. Die Stadt Waren und die Müritz-Region seien auf eine florierende Tourismusbranche angewiesen. „Die Menschen hier haben viel geleistet. Sie haben eine Menge investiert. Das Bombodrom würde das Leben in den Städten und Dörfern spürbar verändern“, warnte der Regierungschef. Für die Entwicklung der Region müsse endlich Klarheit her. Ringstorff zeigte sich unter Hinweis auf die Ergebnisse des Bundesrechnungshofs überzeugt, dass in Deutschland für einen zusätzlichen Luft-Boden-Schießplatz kein Bedarf besteht. „Die Bundeswehr kam bisher ohne den geplanten Bombenabwurfplatz aus und ich kann nicht erkennen, dass sich hier ein neuer Sachstand ergeben hat.“ Der breite Protest gegen die Wiederinbetriebnahme des Schießplatzes sei aber kein Protest gegen die Bundeswehr, betonte Dr. Harald Ringstorff. Der gemeinsame Antrag wurde am Ende mit zwei Gegenstimmen aus den Reihen der CDU angenommen.

Trotz des Widerstands in dem Gebiet zwischen Wittstock und Mirow sowie der jüngsten Kritik des Bundesrechnungshofs hält das Bundesverteidigungsministerium am geplanten Bombenabwurfplatz in Nordbrandenburg fest. Die Bundeswehr will auf dem 14.000 Hektar großen Areal Bombenabwürfe und extreme Tiefflüge trainieren. Der Bundesrechnungshof hatte festgestellt, dass die Nutzungskonzepte der Luftwaffe dafür „nicht mehr annähernd dem tatsächlichen Bedarf entsprechen“ würden.

Ostsee-Schutz

HELCOM-Ostseeaktionsplan
beschlossen

■ Nach längeren und teilweise zähen Verhandlungen haben sich Umweltminister und hochrangige Vertreter der nationalen Fachebene der Ostseeanrainerstaaten am 15. November 2007 auf einen ambitionierten Ostseeaktionsplan der Helsinkikommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes verständigt.

Bis 2021 sollen neue Programme und Maßnahmen die Nähr- und Schadstoffbelastung der Ostsee entscheidend verringern, den Natur- und Artenschutz verbessern sowie maritime Aktivitäten wie die Seefahrt und sonstige Nutzungen umweltfreundlicher werden. Dabei verfolgt HELCOM einen integrativen Ansatz unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie innovativer Steuerungsinstrumente. Wesentliche Grundlage für einzuleitende Maßnahmen werden dabei Effizienzanalysen sein. Der neue Ansatz berücksichtigt ökologische Qualitätsziele und soll auch als regionaler Beitrag der Ostseeanrainer einschließlich Russlands für die Europäische Meeresschutzstrategie dienen, mit der ebenfalls bis 2021 ein guter Zustand der gesamteuropäischen Meeresumwelt erreicht sowie deren Erhalt auf Dauer gewährleistet werden soll.

www.helcom.fi

Sollen Kinderrechte ins Grundgesetz?



Dr. Norbert Nieszery

Innenpolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion



Dr. Marianne Linke

Kinder- und jugendpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE

■ Wir sind für eine Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dies zeigen die vielfältigen Initiativen der letzten Legislaturperioden sehr deutlich. Unsere Philosophie ist, dass Kinder und Jugendliche zugesicherte Rechte haben müssen, die im Zweifelsfall über Elternrechten und missverstandenen Datenschutz stehen müssen, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben.

Bei der Beschäftigung mit den Rechten von Kindern und Jugendlichen wurde vielfach deutlich, dass z. B. die UN-Kinderrechtskonvention noch zu unbekannt war. Diese schreibt völkerrechtlich verbindliche Menschenrechte für Kinder und Jugendliche fest und ist beschämender Weise von der Bundesrepublik leider nur unter Vorbehalt angenommen worden. Auch parlamentarische Initiativen unsererseits konnten das leider nicht ändern. Was wir aber selbst entscheiden konnten, haben wir getan und so z. B. die Forderungen der UN-Kinderrechtskonvention in den Kinder- und Jugendbericht des Landes einbezogen.

Insbesondere war es uns in der letzten Legislaturperiode wichtig, die Verfassung des Landes zu erweitern. Der bisher in der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern normierte Schutz von Kindern und Jugendlichen bestand ausdrücklich nur für Kinder und nicht für Jugendliche. Nun stehen beide Gruppen unter dem Schutz des Landes sowie der Gemeinden und Kreise. Außerdem wurden die Rechte von Kindern und Jugendlichen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft als Staatszielbestimmung ausgestaltet.

Die vielen Misshandlungen und Vernachlässigungen von Kindern und Jugendlichen zeigen, wie sinnvoll und notwendig die Ergänzung unserer Verfassung ist. Dass damit allein die Probleme nicht zu lösen sind, ist uns klar, aber die Ergänzung setzt ein deutliches Zeichen für die Gesellschaft. Es stellt für uns eine konsistente Politik dar, Kinderrechte auch ins Grundgesetz aufzunehmen. Denn dort kommen Kinder und Jugendliche bisher kaum vor. Dabei brauchen gerade sie mehr Schutz und Unterstützung als Erwachsene.

Kinderrechte in die Verfassung zu integrieren, stellt auch ein Signal dar, dass wir Politiker es ernst meinen. Es darf nicht sein, dass im Grundgesetz, das die Basis unseres Zusammenlebens darstellt, gerade die Rechte der Schwächsten nicht enthalten sind. Deshalb muss jetzt endlich gehandelt werden.

■ Kinder wollen ernst genommen werden. Kinder brauchen für ihre Entwicklung die Liebe ihrer Eltern und umfassende Entfaltungsmöglichkeiten. Das wollen auch wir und dafür streiten wir. Die von UNICEF, Kinderschutzbund und vielen anderen Vereinen und Verbänden erhobene Forderung, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, wird von meiner Fraktion seit langem uneingeschränkt unterstützt. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben deshalb bereits im Juli 2006 auf Vorschlag von PDS und SPD die Landesverfassung geändert und den Grundsatz der chancengleichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben verankert. Eine entsprechende Regelung auf Bundesebene ist überfällig, weshalb unsere Fraktion einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht hat.

In einer immer stärker kinderentwöhnten Gesellschaft, in einer Gesellschaft mit wachsender Kinderarmut ist es entscheidend, dass die Rechte der Kinder als eigenständige Belange auch auf gesamtstaatlicher Ebene Verfassungsrang erhalten.

Auf diese Weise werden die speziellen Bedürfnisse von Kindern noch stärker als bisher bereits während der Gesetzgebungsverfahren und bei Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung oder der Gerichte Berücksichtigung finden. Vorzunehmende Abwägungsprozesse würden im Sinne des Kindeswohls beeinflusst werden.

Zudem hat sich die Bundesrepublik Deutschland durch Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention dazu verpflichtet, „alle geeigneten Gesetzge-

bungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte“ zu treffen. Dazu gehört auch und besonders die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz als der höchsten innerdeutschen Rechtsnorm.

Die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz bestärkt zugleich die Eltern in ihrer spezifischen Verantwortung und verpflichtet daneben alle an der Förderung und Erziehung Beteiligten, wie Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Entscheidungsträger und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen, ebenfalls ihr gesamtes Handeln am Vorrang des Kindeswohls zu orientieren.

■ **Angesichts der aktuellen Tötungs- und Misshandlungsfälle wird bundesweit die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz diskutiert. Das „Aktionsbündnis Kinderrechte“ (UNICEF, Deutscher Kinderschutzbund und Deutsches Kinderhilfswerk) hat am Weltkindertag am 20. September 2007 eine Kampagne für diese Forderung gestartet und wird dabei von mehr als 60 Verbänden unterstützt.**

www.kinderrechte-ins-grundgesetz.de

„Ich habe ganz viel dazu gewonnen“

Jugendliche aus M-V als Beobachter bei Anhörung dabei

■ Als sich am 19. und 20. Dezember 2007 Vertreter des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu einer internationalen Expertenanhörung im Schweriner Schloss trafen, saßen sechs aufmerksame Beobachter auf den Besucherrängen des Plenarsaales und ließen sich keine Minute der Beratung entgehen. Sarah Struck, Christoph Hedtke, Theresa Kahl, Fennecke Strothmann, Martin Polzin und Fabian Krüger hatten sich über den Landesjugendring beworben und wurden zur Anhörung eingeladen. Wie sie diese Konferenz erlebt haben, schildern sie hier.

Martin Polzin (17)

Gymnasium „Fridericianum“ Schwerin

Ich fand es sehr interessant, an so einer Anhörung teilzunehmen. Die Möglichkeit hat man ja selten. Viele neue Sachen, Impressionen, vielfältige Informationen. Es ging von regionalen Konzepten bis hin zu überkontinentalen Lösungen. Es sind viele Dinge dabei, die angepackt werden müssen. Die Zeit drängt. Gefreut hat mich, dass wir von den Abgeordneten ernst genommen wurden. Es gab Kontakte am Rande der Veranstaltung, in den Pausen, beim Abendessen kam man ins Gespräch. Wir wurden gefragt, ob wir noch Fragen haben. Ich wünsche mir, dass zukünftig auch aus den anderen Parlamenten Jugendliche dabei sind, dass man auch mit ihnen ins Gespräch kommen kann.

Christoph Hedtke (18)

Gymnasium „Fridericianum“ Schwerin

Die Anhörung hat mir viele neue Ideen und Wissen gebracht, obwohl ich mich schon eine Weile mit dem Thema alternative Energien und regenerative Energiegewinnung beschäftige. Ich fand besonders gut, dass bei diesem Hearing ein breites Band von Experten gehört wurden, was ein sehr gutes Diskussionspektrum geboten hat und so eben auch die verschiede-



Foto: Claudia Richter

V.l.: Martin Polzin, Fabian Krüger, Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages M-V, Sarah Struck, Christoph Hedtke, Fennecke Strothmann, Theresa Kahl

nen Perspektiven der einzelnen Ressorts zu sehen waren. Es wurden hier interessante Ideen aufgebracht. Allerdings habe ich so ein bisschen die Sorge, dass es hierbei bleibt und versandet.

Fennecke Strothmann (19)

Schwerin, freiwilliges ökologisches Jahr bei der BUND-Jugend

Es war super zu sehen, wie dieses Klimaproblem, mit dem wir uns ja als Umweltverband sehr viel beschäftigen, auch in anderen Bereichen wahrgenommen und wie in der Politik darüber geredet wird. Die Anhörung insgesamt fand ich sehr interessant. Vor allem, weil die Sachverständigen so kompetent waren und ganz unterschiedliche Bereiche bearbeitet haben in ihren Vorträgen und auch die Diskussionen ziemlich lebhaft waren. Ich habe festgestellt, dass es auch bei den Abgeordneten Leute gab, die unheimlich informiert waren. Aber es waren auch Abgeordnete dabei, wo ich gedacht habe, da ist mangelndes Grundwissen das Problem für teilweise Einwürfe, die sie gebracht haben.

Theresa Kahl (18)

Gymnasium „Fridericianum“ Schwerin

Für mich war es eine besondere Ehre, als Beobachterin an der Anhörung des Parlamentsforums teilzunehmen, weil ich erst gar nicht eingeteilt war, weil es so viele Bewerbungen gab. Zum Glück sind noch welche abgesprungen. Ich habe ganz viel dazu gewonnen. Vom Inhaltlichen fand ich die zwölf Vorträge sehr differenziert und sehr ausdrucksstark. Die Präsentationen haben wir zum Glück noch nachgereicht bekommen. Das war sehr wichtig,

da wir von hinten auf der Leinwand kaum etwas erkennen konnten. Beim Treffen mit den Abgeordneten merkte ich eine große Freundlichkeit und Interesse an uns, was mich noch zusätzlich motiviert hat.

Sarah Struck (17)

Erasmus-Gymnasium Rostock

Sehr gut fand ich, dass es so anschaulich gemacht wurde, durch die Power-Point-Präsentationen usw. Das half vor allem auch uns Beobachtern, die wie wir nicht voll in der Materie stecken. Beeindruckt war ich von der Organisation. Ich hätte mir allerdings mehr Pausen gewünscht, dass man sich sammeln und eigene Ideen und Vorschläge entwickeln kann. Positiv überrascht war ich, dass wir so ernst genommen wurden. Ehrlich gesagt, hatte ich das nicht erwartet.

Fabian Krüger (20)

Gymnasium „Fridericianum“ Schwerin

Ich kann die Teilnahme an so einer internationalen Anhörung nur jedem empfehlen. Dafür gehe auch mal zwei Tage nicht zur Schule. Weil das hier, meiner Meinung nach, für mich gewinnbringender ist als mancher Unterricht. Das reine Wissen, was ich verpasse, kann ich nachholen. Das hier sind einfach Erfahrungen, die man mitnimmt für das spätere Leben. Äußerst interessant fand ich das Thema European GRID. Weil ich vorher noch gar nichts davon gehört habe. Und dass es möglich wäre, nur mit regenerativen Energien Europa und auch den Norden Afrikas mit Strom zu versorgen, war für mich eine große Überraschung. Insgesamt trage ich ein äußerst positives Bild mit nach Hause.

Kreisgebietsreform

Anhörungen in der Enquetekommission

■ Im Zuge ihrer Beratungen zu einer neuen Kreisgebietsreform analysiert und bewertet die Enquetekommission des Landtages auch Reformmodelle anderer Bundesländer. Am 30. November fand dazu eine Anhörung von Vertretern des Landtages und kommunaler Landesverbände aus Sachsen-Anhalt statt, am 18. Januar wurden Sachverständige aus dem Land Brandenburg gehört.

Zur Anhörung am 30. November 2007 hatte die Enquetekommission Sachverständige aus Sachsen-Anhalt eingeladen. Die kommunalen Landesverbände wurden dabei durch den Geschäftsführer des Landkreistages Heinz-Lothar Theel und den Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Dr. Bernd Kregel vertreten, für den Landtag Sachsen-Anhalt nahmen Thomas Madl als Vorsitzenden des Innenausschusses und Bernward Rothe als damaliges Mitglied des zeitweiligen Ausschusses „Funktional- und Verwaltungsreform/Kommunale Gebietsreform“ an der Beratung teil. Dieser Ausschuss analysierte in den Jahren 1999/2000, welche Aufgaben von der Landes- auf die Kreisebene oder interkommunal von den Kreisen auf die Gemeinden übertragen werden können. Dies diente als Grundlage für das Erste Funktionalreformgesetz vom 22. Dezember 2004.

Eine Zweite Funktionalreform ist noch für dieses Jahr angekündigt. Die Funktionalreformen werden durch e-Government erleichtert. Wie in Mecklenburg-Vorpommern besteht auch in Sachsen-Anhalt bereits ein landesweites Datennetz. Nach Anschluss der Landkreise und künftig auch der hauptamtlich verwalteten Gemeinden kann jede Behörde auf alle relevanten Daten direkt zugreifen.

Die jüngste Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt ist am 1. Juli 2007 in Kraft getreten. Die Anzahl der Landkreise wurde von bisher 21 auf 11 verringert. Das ge-



Bei ihrer Anhörung am 18. Januar 2008 informierte sich die Enquetekommission über die Kreisgebietsreform im Land Brandenburg.

setzliche Leitbild wurde mit dem Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz vom 11. Mai 2005 festgelegt. Danach soll jeder Landkreis nach der Prognose für 2015 über eine Mindesteinwohnerzahl von 150.000 und eine maximale Kreisgröße von 2.500 Quadratkilometern verfügen. Eine Überschreitung bei der Fläche von bis zu 10 Prozent ist in begründeten Fällen möglich. Eine Unterschreitung der Mindesteinwohnerzahl ist dann vertretbar, wenn der Landkreis eine Einwohnerdichte von weniger als 70 Einwohnern je Quadratkilometer aufweist. So blieben die beiden Altmarkkreise Stendal und Salzwedel trotz geringer Einwohnerzahlen unangetastet. Die derzeitige Einwohnerzahl der anderen Landkreise liegt zwischen 150.000 und 250.000 Einwohnern. Die Fläche der Landkreise liegt durchschnittlich bei 1.800 Quadratkilometer. Bei der Neubildung sollten die Landkreise in der Regel vollständig in der neuen Struktur aufgehen. Davon abgewichen wurde bei den Altkreisen Aschersleben-Staßfurt und Anhalt-Zerbst. Anhalt-Zerbst wurde sogar auf drei Landkreise und die neu gebildete kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau aufgeteilt. Damit sind erhebliche Probleme für Personalübernahme und Vermögensaufteilung verbunden.

Zur Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse wurde die Einrichtung von Zweckverbänden zwischen den Oberzentren und ihren Umlandgemeinden vorgeschrieben. Falls der Zweckverband nach einer Erprobungsphase nicht die erwartete

Effekte bringt, sind Teileingemeindungen und nach bestimmten Kriterien Eingemeindungen vorgesehen. Oberstes Ziel ist die Stärkung der kreisfreien Städte als Kerne einer Region wirtschaftlichen Wachstums und Schwerpunkte der Daseinsvorsorge.

Der häufige Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt führte jeweils zu Veränderungen am Leitbild für die Gemeindestruktur. Auf Basis des am 7. August 2007 durch das Kabinett beschlossenen Leitbildes für eine Gemeindegebietsreform sollen bis 2011 Einheits- und Verbandsgemeinden entstehen. Während bei der Einheitsgemeinde eine Zielzahl von 8.000 Einwohnern vorgegeben ist, sollen sich bei der Verbandsgemeinde drei bis acht Gemeinden zusammenfinden, um gemeinschaftlich eine Zielzahl von mindestens 10.000 Einwohnern zu erreichen.

Dokumente der Enquetekommission finden Sie auf der Website des Landtages

www.landtag-mv.de
(landtag/Gremien/Enquetekommission)

Meilenstein für Europa

Erweiterung des Schengen-Raumes

■ Seit dem 21. Dezember 2007 können wir zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern genauso frei reisen wie zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien.

Dieser weitere große Schritt der Europäischen Einigung hat eine jahrzehntelange Vorgeschichte. Am 14. Juni 1985 vereinbarten fünf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – darunter Deutschland – auf einem Moselschiff in der Nähe eines kleinen Ortes in Liechtenstein, einen gemeinsamen Raum ohne Grenzkontrollen zu schaffen. Dieser kleine Ort trägt den Namen „Schengen“. Seinerzeit wird niemand erwartet haben, dass sich 22 Jahre später europäische Bürger zwischen 24 Ländern von Polen bis Portugal und von Griechenland bis Finnland ohne lästige Kontrollen an den Land- und Seegrenzen frei bewegen können. Mit der Erweiterung am 21. Dezember 2007 um Polen, Estland, Lettland, Litauen, Malta, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn wird die östliche Grenze des Schengen-Raumes auf 4278 km verlängert. Die Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen und die Verlagerung auf die Außengrenzen der Europäischen Union ist dabei das für jeden Reisenden spürbare Element eines ganzen Maßnahmenbündels, mit dem sichergestellt wer-



Fotos: Jens Büttner

Seit 21. Dezember sind Grenzkontrollen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Polen Geschichte.

den soll, dass es nicht zu Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung kommt: Freiheit und Sicherheit sollen im Schengen-Raum im Einklang sein.

Zum Schutz der inneren Sicherheit der Mitgliedsstaaten und insbesondere zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird daher die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Polizei- und Justizbehörden ständig weiter verbessert. Zu diesem Zweck wurde eine hoch spezialisierte Datenbank eingerichtet, die den zuständigen Behörden der Schengen-Staaten den Datenaustausch über bestimmte Kategorien von Personen und Gütern ermöglicht, das so genannte Schengen-Informationssystem (SIS).

Deutschland und Polen haben – mit personeller Beteiligung der Landespolizei – ein gemeinsames Polizei- und Zollzentrum in Swiecko/Frankfurt (Oder) eingerichtet. Eine Zusammenarbeit der Landespolizei von Mecklenburg-Vorpommern mit der Polizei der Republik Polen währt schon viel länger. Bereits 1995 ist in Anklam eine Koordinierungsstelle für die deutsch-polnische polizeiliche Zusammenarbeit als erste dieser Art in Deutschland eingerichtet worden.

Landespolizei, örtliche Polizeidirektionen, Bundespolizei und Zoll haben eine Kooperation vereinbart. In einer ersten Auswertung der Kriminalitätsentwicklung wurde bislang keinen Anstieg, sondern ein Rückgang der Kriminalität im Bereich der grenznahen Polizeidirektion Anklam registriert.

SCHENGENER ABKOMMEN

1985 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande das Abkommen von Schengen über den schrittweisen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen zwischen den Vertragsparteien.

Seit 1995 gab es mehrere Erweiterungen des Schengen-Raums: Österreich trat 1997 bei, die Nordländer Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden im Jahr 2000. Der Europäische Rat beschloss im Dezember 2007 eine Ost- und Süderweiterung mit dem Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zum 21.12.2007 (Land- und Seegrenzen) bzw. zum 30.03.2008 (an den Flughäfen).

Die Zugehörigkeit zum Schengen-Raum hat für die Mitgliedsländer viele Vorteile. Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Union geht nicht nur ein Mehr an Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch an Sicherheit einher. Der Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen wird durch effizientere und bessere Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen sowie durch andere Maßnahmen an den Binnengrenzen, z.B. mobile Grenzraumüberwachung und stärkere Vernetzung der Polizeiarbeit, ausgeglichen.



Weihnachtsfeier des Landtages

Erlös geht ans Kinder- und Jugendtelefon

■ Traditionell beschloss der Landtag das parlamentarische Jahr mit einem weihnachtlichen Konzert in der Schlosskirche und einer anschließenden Feier im Innenhof des Schlosses. Zu dem Fest am 12. Dezember waren neben den Abgeordneten, den Ministerinnen und Ministern, neben Vertretern von Vereinen und Verbänden diesmal auch 100 Bürgerinnen und Bürger aus allen Kreisen des Landes eingeladen, die sich vor der Landtagswahl 2006 dem Aufruf „Wir sind wählerisch – Bürgerbündnis für Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern“ angeschlossen hatten.

„Stellvertretend für all jene in unserem Land, die sich tagtäglich für Demokratie und Toleranz, für Mitmenschlichkeit gemeinsam engagieren, möchte ich Ihnen

im Namen des Landtages danken“, sagte Vizepräsidentin Renate Holznagel in ihrem Grußwort. „Demokratie lebt vom Mitmachen, vom Sich-Einmischen und vom Engagement des Einzelnen“, betonte sie. Solches Engagement wolle auch der Landtag weiterhin unterstützen. So habe das Präsidium beschlossen, den Erlös der Weihnachtsfeier dem Kinder- und Jugendtelefon des Kinderschutzbundes „Nummer gegen Kummer“ zukommen zu lassen. In den beiden Beratungsstellen in Schwerin und Greifswald arbeiten viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kindern und Jugendlichen in Not Aufmerksamkeit schenken und Beratung und Hilfe anbieten. „Ich denke, es ist wichtig, dieses Engagement zu unterstützen“, betonte Renate Holznagel.

Bei ihrem Rückblick auf das Jahr erinnerte sie daran, dass der Landtag immer wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand. Nicht nur anlässlich der bisher 30 Landtagssitzungen, sondern auch, als Pfingsten das 150-jährige Schlossjubiläum begangen wurde, als im Rahmen des G8-Gipfeltreffens Laura Bush das Schlossmuseum besuchte und bei den Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit. „Der schönste Sitz eines Landta-



Foto: Claudia Richter

Vizepräsidentin Renate Holznagel begrüßte die Gäste der Weihnachtsfeier in der Schweriner Schlosskirche.

ges in Deutschland ist das Aushängeschild der Demokratie in unserem Land“, stellte sie fest.

Nach einem begeisternden Konzert des Gospelchors „Popchorn“ aus Rostock klang der Abend bei Glühwein und Flammkuchen mit Spaß und Unterhaltung jenseits des parlamentarischen Alltags aus.

10 Jahre Landeskunstwettbewerb für Menschen mit Behinderung

Eine Gemeinschaftsaktion des Bürgerbeauftragten und der AOK Mecklenburg-Vorpommern



■ Die Abschlussveranstaltung zum 10. Landeskunstwettbewerb am 29. November 2007 in Güstrow bildete den feierlichen Höhepunkt des Jubiläumswettbewerbes. Wie in den Vorjahren war die Resonanz auf die Ausschreibung zum Wettbewerb, der vor 10 Jahren durch den damaligen Bürgerbeauftragten Frieder Jelen gemeinsam mit der AOK Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen wurde, überwältigend.

Den Organisatoren fiel es nicht leicht, unter den etwa 500 Bildern, Zeichnungen, Grafiken und Collagen unter dem Motto „Mecklenburg-Vorpommern – meine schöne Heimat“ diejenigen auszuwählen, die in einer Ausstellung im Gebäude der AOK präsentiert wurden. Aus Platzmangel konnten nicht alle Bilder gezeigt werden. Alle Teilnehmer waren zu der Abschlussveranstaltung nach Güstrow eingeladen. Die Anwesenden erhielten aus den Händen des Bürgerbeauftragten Bernd Schubert als Anerkennung für den Mut, die künstlerischen und kreativen Fähigkeiten eine Teilnahmeurkunde und einen Jahreskalender 2008 mit dem Abdruck einzelner Exponate.

Viel Beifall erhielten der Kammerchor des John-Brinckman-Gymnasiums und die Tanzgruppe der Musikschule Güstrow, die für die kulturelle Umrahmung sorgten. Der A-capella-Gesang und die Tanzvorführungen, besonders der Cancan, riefen Begeisterung hervor und waren mehr als nur eine gelungene Abrundung der Veranstaltung zu Ehren der Teilnehmer.



Der Bürgerbeauftragte Bernd Schubert (2.v.l.) und Markus Juhs von der Presseabteilung der AOK überreichen allen Teilnehmern des Kunstwettbewerbs Urkunden.

Foto: Ina Latendorf

Glücksbringer

Landtagspräsidentin empfing Sternsinger
im Schweriner Schloss



Im Plenarsaal erklärte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Sternsängern die Arbeit der Abgeordneten.

■ **Sternsinger sind Glücksbringer – das sangen rund 200 Jungen und Mädchen aus allen Landesteilen zum Auftakt des Empfangs im Schweriner Schloss, zu dem Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 14. Januar eingeladen hatte.**

„Ich möchte euch danken – dafür, dass Ihr auch in diesem Jahr wieder bei der Aktion Dreikönigssingen mitgemacht habt“, sagte Sylvia Bretschneider zur Begrüßung. „Ihr seid wieder von Haus zu Haus gegangen und habt Geld gesammelt für Kinder in aller Welt, denen es nicht so gut geht wie Euch“, lobte sie die Kinder für ihr Engagement. Jährlich könne mit den Spenden mehr als einer Million Kindern weltweit geholfen werden – Straßenkindern, Mädchen und Jungen, die nicht zur Schule gehen können, denen Wasser, Nahrung und medizinische Versorgung fehlen, die in Kriegs- und Krisengebieten, in Flüchtlingslagern oder ohne ein festes Dach über dem Kopf aufwachsen müssten. „Ihr helft mit, diesen Kindern Hoffnung auf ein besseres Leben zu geben“, betonte Sylvia Bretschneider und zitierte den Dichter Theodor Fontane „Jemanden glücklich machen, ist das höchste Glück“.

Sie forderte die Kinder auf, diesen Grundsatz auch im täglichen Leben nicht zu vergessen.

Auch der Weihbischof der Katholischen Kirche Norbert Werbs und der neue Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Dr. Andreas von Maltzahn ließen es sich nicht nehmen, beim Sternsinger-Empfang des Landtages dabei zu sein und den Einsatz der Kinder zu würdigen. Anschließend lud Sylvia Bretschneider die Sternsinger und ihre Begleiter zu einer Stippvisite in den Plenarsaal ein. Hier durften die Kinder auf den Stühlen der Abgeordneten und Minister Platz nehmen und erfahren, wie das Parlament arbeitet. Viel Gelächter gab es, als sich die sieben- bis elfjährigen „Minister und Ministerinnen“ ihren Altersgefährten mit den richtigen Namen der Regierungsmitglieder vorstellten.

Nach dem Besuch im Plenarsaal warteten schließlich „Pippelontje & Janet“ mit Akrobatik, Jonglage und Clownerie auf die Kinder. Diese hatte viel Spaß an dem spritzigen Programm und durften sogar selbst Teller jonglieren und Pyramiden bauen. Der Besuch im Schweriner Schloss klang mit der Besichtigung der historischen Museumsräume und einem Mittagessen im Schlosscafé aus.



Fotos: Angelika Lindenbeck



STERNSINGER

Die Aktion Dreikönigssingen beging in diesem Jahr ihr 50. Jubiläum. Sie gilt als größte Solidaritätsaktion der Welt, bei der sich Kinder für Kinder in Not engagieren. Die Tradition des Sternsinger-Empfangs im Landtag wurde vom ersten Parlamentspräsidenten Rainer Prachtl begründet und von seinen Nachfolgern Hinrich Kuessner und Sylvia Bretschneider fortgeführt.

„Jeder ins Schweriner Schloss investierte Euro nutzt dem Land“

Interview mit Sylvia Bretschneider, Landtagspräsidentin und Hausherrin des Schweriner Schlosses, zum Bauen am Schweriner Schloss



Sylvia Bretschneider

■ **Mit dem Einzug des Landtages in das Schweriner Schloss 1990 begann die grundlegende Sanierung des historischen Prunkbaus. Wie viel Geld wurde seitdem verbaut und wie bewerten Sie diese Summe?**

Von 1990 bis 2007 hat das Land Mecklenburg-Vorpommern 87 Mio. Euro in das Schloss investiert – ein enormer Kraftakt. Allerdings eine lohnende Anstrengung, da bin ich mir sicher. Das Ende der Sanierung ist jetzt absehbar. Keineswegs handelt es sich beim Schweriner Schloss also um eine Dauergroßbaustelle oder ein finanzielles Fass ohne Boden. Mit dem Geld wurde eines der Markenzeichen unseres Landes saniert. Die Sicherung der Fundamente des Gebäudes hat dabei die höchsten Kosten verursacht. Die Ausgaben für das Herrichten der Arbeits- und Sitzungsräume des Landtages und seiner Fraktionen liegen bei Weitem unter dem, was andere Länder in ihre Parlamentssitze investiert haben.

Ging es bei der Sanierung des Schlosses demnach nicht vor allem um den Umbau für die Nutzung als Parlamentssitz?

Nein. Mehr als 50 Mio. Euro waren nötig, um Dächer, Fundamente, Gründung und Fassaden zu sanieren. In das Schlossmuseum, die Schlosskirche, die Schlossgastronomie und andere öffentliche Nutzungen wurden darüber hinaus mehr als 9 Mio. Euro investiert. Nur etwa ein Viertel der Gesamtinvestition floss in den vom Landtag genutzten Bereich. Geschaffen wurden Arbeitsräume und eine funktionsfähige technische Infrastruktur. Außerdem halte ich es nicht für vermessen zu sagen, dass das Festschreiben des Schlosses als verfassungsmäßiger Sitz des Landesparlamentes für die Rettung des Schweriner Schlosses entscheidend war.

Können Sie einige der wichtigsten Baumaßnahmen auflisten?

Zuerst galt es, Dächer abzudichten und teilweise zu erneuern sowie das Schloss auf „feste Füße“ zu stellen. Da der Baugrund sehr weich ist, mussten bisher über 10 Mio Euro in die Gründung des Gebäudes investiert werden. Besonders glücklich bin ich darüber, dass sich der Finanzausschuss des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1995 entschlossen hatte, die Orangerie im Burggarten wieder herzustellen. Sie ist heute einer der am meisten bewunderten Plätze auf der Schlossinsel und wird nicht nur von vielen Hochzeitspaaren sehr gern besucht. Der Burggarten wurde weitgehend rekonstruiert und mit Hilfe des Schlossvereins gelang es uns sogar, die Drehbrücke samt altem Drehmechanismus wiederherzustellen. Vor dem Hauptportal des Schlosses wurden 118 Pfähle zur Bodenstabilisierung in die Erde gerammt, um auch diesem Teil des Gebäudes wieder ein festes Fundament zu geben. Sehr gut angenommen wird von den Besuchern auch die Gastronomie im Schloss. Durch die Verlagerung der Küche an den Ort der ehemals großherzoglichen Schlossküche im Jahr 2006 haben sich die Bedingungen für den Gastronomiebetrieb

wesentlich verbessert, was letztendlich auch neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Die Kirchengemeindemitglieder und Besucher der Schlosskirche können die wunderschön restaurierten Gewölbedecken mit dem Sternenhimmel in diesem wertvollen Sakralbau wahrnehmen. An dieser Stelle möchte ich nochmals den vielen Spendern danken, die eine Patenschaft für einen Stern am Himmel der Schlosskirche erworben haben und damit die Restaurierungsarbeiten erst möglich machten. Mittlerweile haben 1922 Sterne einen Paten gefunden – insgesamt wurden bisher fast 110.000 Euro gespendet. Durch Initiative der IHK und dank vieler Firmen und Einzelpersonen – bisher sind mehr als 40.000 Euro zusammengekommen – wurde ein Teil der Beleuchtung des Schlosses fertig gestellt, sodass die bereits sanierten stadtseitigen Außenfassaden und Türme für die Schweriner und ihre Besucher auch bei Dunkelheit gut erlebbar sind.

Für den Parlamentsbetrieb wichtig: Seit Mitte des vergangenen Jahres sind nun auch die Abgeordneten der 5. Wahlperiode so untergebracht, dass sie aufgrund von Baumaßnahmen nicht ständig ihre Arbeits- und Besprechungsräume wechseln müssen. Jede Fraktion verfügt damit über akzeptable Arbeitsbedingungen, auch wenn die Raumzuschnitte zum Teil sehr unterschiedlich sind.

Neben der Sanierung sind ja auch die laufenden Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am Gebäude und an den technischen Anlagen sowie die Pflege des Burggartens zu finanzieren.

Richtig. Die laufende Bauunterhaltung bleibt natürlich eine ständige Aufgabe, damit das Schloss als herausragendes Bauwerk des Historismus auch für unsere Kinder und Enkel erhalten wird. An der Stelle verhält es sich mit dem Schweriner Schloss wie mit jedem anderen historischen Gebäude.

Wie geht die Sanierung weiter?

Wir nehmen uns vor, Arbeiten an Dach, Fassaden und Fundament 2011 abzuschließen. Danach sind einzelne leerstehende Räume wie der Medaillonsaal und der Weinlaubsaal und auch bereits genutzte Bereiche wie der Thronsaal oder die Schlosskirche zu sanieren und zu restaurieren. Der Innenhof wird spätestens 2014 fertig gestellt und damit die Grundsanierung abgeschlossen.

Welche Arbeiten sind für die kommenden zwei Jahre im Einzelnen geplant?

Im Jahr der Bundesgartenschau (BUGA) 2009 soll sich auch das Schloss in seiner ganzen Pracht präsentieren. Darum sollen bis zur BUGA alle Gerüste an den Außenfassaden fallen. Die Arbeiten dort werden dann nahezu abgeschlossen sein. Bereits 2008 werden weitere Innenfassaden saniert, damit wir auch hier weiterkommen und den Touristen einen Blick in einen attraktiven Innenhof bieten können. Aufgrund der Fassadenschäden ist die

Nutzung des Innenhofes zurzeit nur sehr eingeschränkt möglich. Notwendige Gründungs- und Trockenlegungsarbeiten in verschiedenen Gebäudeteilen werden uns in den kommenden zwei Jahren weiterhin begleiten. Auf die Restauratoren wartet hingegen eine neue Herausforderung: In diesem Jahr haben wir die Möglichkeit, mit der Restaurierung der wertvollen Terrakotta-Medaillons im Medaillonsaal zu beginnen. Diese stammen teilweise aus dem 16. Jahrhundert.

Es soll auch Umbauten geben, um die Sicherheit im Schloss und im Landtag zu verbessern.

Richtig ist: Es gibt leider erhöhte Sicherheitsanforderungen im Schloss – insbesondere in den vom Parlament genutzten Gebäudeteilen. Dies hat auch mit dem Einzug der NPD in den Landtag zu tun. Wir trennen heute strikt die vom Landtag und seinen Fraktionen genutzten Räume und Flure von den öffentlich zugänglichen Teilen des Hauses – wie etwa dem Museum. Alle getroffenen Maßnahmen dienen im Ergebnis aber auch dazu, das Schloss für Besucher noch erlebbarer zu machen. Hier wollen wir auch ganz neue Möglichkeiten schaffen: So streben wir an, den Innenhof möglichst bald über das Gartenportal für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. An Haupt- und Gartenportal wollen wir zudem die Wegführung und Information für Gäste des Schlosses verbessern. Geschaffen werden soll auch eine zentrale Garderobe, so dass Besucher zum Beispiel Mäntel oder Regenschirme abgeben können, wie es anderswo in Museen üblich ist.

Im Raumnutzungskonzept von 1995 waren auch Überlegungen zum Neubau eines Plenarsaals enthalten. Ist das noch aktuell?

Mit dem Einzug von fünf Fraktionen in das Parlament wurde die Frage nach einem neuen Plenarsaal wieder aktuell gestellt. Es wurde offensichtlich, dass das Platzangebot recht begrenzt ist und die technische Ausstattung den Anforderungen einer modernen Parlamentsarbeit nicht mehr entspricht. Die Alternativen – Modernisierung und Umbau des jetzigen Plenarsaals oder Bau eines neuen Plenarsaals – müssen auf der Grundlage zu ermittelnder Fakten letztendlich durch die Fraktionen entschieden werden. Dabei spielen Antworten zu Fragen nach der finanziellen Situation des Landes Mecklenburg-Vorpommern und seiner Bürger genauso eine Rolle, wie zum Selbstwertgefühl und Selbstverständnis des Landesparlamentes.

Die Restaurierung des Sternengewölbes in der Schlosskirche wurde, Sie sprachen es bereits an, durch die Spendenaktion „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“ bereits angeschoben und realisiert. Wie sehen die Planungen für die Schlosskirche insgesamt aus?

Die Schlosskirche ist einer der künstlerisch und architektonisch wertvollsten Gebäudeteile des Schweriner Schlosses. 2013 wird die Kirche 450 Jahre alt. Mein Wunsch wäre es, die Schlosskirche bis dahin vollständig zu restaurieren. Gemeinsam mit dem Betrieb für Bau und Liegenschaften des Landes wird zurzeit geprüft, welche Arbeiten und Gelder dafür erforderlich sind. Danach werden wir in der Parlamentarischen Baukommission in Abwägung mit anderen baulich notwendigen Prioritäten Entscheidungen zur Restaurierung der Schlosskirche treffen.

Welche Pläne gibt es für das Schlossmuseum?

Das Schlossmuseum wird seit 1990 aufgrund einer Nutzungsvereinbarung mit dem Landtag vom Staatlichen Museum Schwerin betrieben. Zurzeit kann das Museum etwa 170.000 Besucher pro

Jahr begrüßen und ist damit landesweit das Museum mit der zweithöchsten Besucherzahl. Allerdings zeigen die Zahlen der vergangenen Jahre, dass hier deutlich mehr möglich ist. Um daran anknüpfen zu können, sollten der Schwung und das große Interesse am Schweriner Schloss zur 150-Jahr-Feier oder anlässlich des 3. Oktober des vergangenen Jahres genutzt werden. Auch der Werbeeffect der 30 Millionen im vergangenen Jahr in Umlauf gebrachten 2-Euro-Münzen darf nicht unterschätzt werden. Immer mehr Touristen interessieren sich für das Schloss – das merken wir auch anhand der Nachfrage der über unsere Verwaltung vermittelten besonderen Schlossführungen. Mit verbessertem Marketing – etwa im Internet und durch geeignete Broschüren und Publikationen – sowie Angeboten für spezielle Zielgruppen ließen sich die Besucherzahlen des Schlossmuseums zweifellos steigern. Auch ein attraktiver Museums-Shop ist wichtiger Mosaikstein eines solchen Vorhabens. Meiner Meinung nach müsste auch die Eingangssituation am Gartenportal besucherfreundlicher gestaltet werden. Das große geschlossene Holztür mit der nur kleinen Tür wirkt wenig einladend. Die technischen Anlagen des Museums stammen teilweise noch aus den siebziger Jahren und sind erneuerungsbedürftig. Auch hier müssen wir schrittweise weiterkommen. In all dem steckt ein großes Potenzial. Denn: Von höheren Besucherzahlen profitieren alle – das Museum, die touristische Attraktivität der Stadt Schwerin und nicht zuletzt das Land insgesamt. Das Schloss ist und bleibt ein Werbeträger von unschätzbarem Wert. Auch deshalb sage ich: Jeder ins Schweriner Schloss investierte Euro nutzt dem Land. Wem der Besuch auf der Schlossinsel gefallen hat, der kommt wieder oder erzählt zumindest anderen davon. Das ist in gewisser Weise die Rendite unserer Investitionen in die historische Bausubstanz. Für mich sind Schloss und Schlossmuseum wichtige Wirtschaftsfaktoren für den Tourismus weit über Schwerin hinaus.

Und die Gastronomie?

Mit der Verlagerung der zentralen Küche in den Kellerbereich des Schlosses eröffneten sich vollkommen neue Möglichkeiten für den Gastronomiebetrieb. Die Schweriner Schlossrestaurants haben sich inzwischen in Schwerin und darüber hinaus einen sehr guten Ruf erarbeitet. Bekanntlich ist ja der Landtag an den Umsätzen der Schlossgastronomie beteiligt, und wir freuen uns, dass wir die Einnahmen für den Landeshaushalt ständig erhöhen können. Die Orangerie, die ursprünglich als Pflanzenhaus und saisonal genutztes Café wiederhergestellt wurde, erweist sich als begehrte Lokalität für Empfänge und Restaurantbesuche. Zurzeit wird geprüft, inwieweit die Orangerie auch zur kalten Jahreszeit noch intensiver als attraktiver Gastronomiestandort genutzt werden kann.

Besucher fragen immer wieder, wann denn das Schloss einmal fertig ist. Können Sie einen Termin nennen, oder ist die Schlosssanierung eine unendliche Geschichte?

In der Tat leben und arbeiten wir seit 1990 auf einer Dauerbaustelle. Aber das Ende ist in Sicht: Wenn alles planmäßig läuft, hoffen wir, dass wir mit der Grundinstandsetzung des Schlosses 2014 im Wesentlichen fertig sind. Schrittweise werden wir uns dann der Restaurierung einzelner historischer Räume widmen. Der ständige Bauunterhalt allerdings bleibt eine unendliche Geschichte.

Am 5. Dezember 2007 empfing Vizepräsidentin Renate Holznagel den neuen Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg, Dr. Andreas von Maltzahn, zu seinem Antrittsbesuch im Landtag. Bei einem gemeinsamen Mittagessen fand man schnell ins Gespräch. Themen waren unter anderem die demografische Entwicklung des Landes, die Arbeitsmarktpolitik, die Bildung und die Stärkung der Demokratie. Der Landesbischof sicherte der Vizepräsidentin seine Bereitschaft und seine Hilfe zu, um bei den vielen genannten Themen auch gemeinsam nach Lösungen zu suchen

(Adressfeld für Abonnenten)

Foto: Andrea Harms



Foto: Claudia Richter



Foto: Claudia Richter



Foto: Reinhard Klawitter



▲ Vorweihnachtsüberraschung des Landesjugendrings für die Abgeordneten: Vor Beginn der letzten Plenarsitzung im Dezember verteilten gleich einen Handvoll Weihnachtsmänner „jugendpolitische Ruten“ mit dem Jugendpapier des Landesjugendrings. Derzeit stünden insbesondere die Tourismus- und Gesundheitswirtschaft sowie die Familienpolitik im Focus der Landespolitiker. Dies unterstütze der Landesjugendring ausdrücklich, fordere aber auch eine Jugendpolitik, die eine logische Fortsetzung der Kinder- und Familienpolitik ist. Die jugendpolitischen Sprecher der demokratischen Fraktionen sagten den Jugendlichen Gespräche mit den Fraktionen zu.

▲ Auf Einladung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider besuchte die chinesische Lehrerin Zhu Wenbei in Begleitung ihres deutschen Kollegen Udo Wachtel am 12. Dezember den Landtag. Bei einem Schlossrundgang besichtigten beide die historischen Räume des Schlossmuseums, schauten sich im Landtag um und bewunderte vom Hauptturm den herrlichen Rundblick auf Schwerin. Zum Programm gehörte natürlich auch ein Blick in den Plenarsaal, zumal das Parlament an diesem Tag zu seiner Dezember-Sitzung zusammen gekommen war. Die Lehrerin für Chinesisch und Englisch unterrichtet für ein Jahr an den Gymnasien in Gadebusch, Wismar und Grevesmühlen im Rahmen des Wahlunterrichts die chinesische Sprache. Udo Wachtel hatte im Vorjahr an der Heimatschule von Zhu Wenbei Deutsch unterrichtet.

▲ Am Rande der Weihnachtsfeier des Landtages am 12. Dezember übergab der Redakteur der Schweriner Volkszeitung Christian Köpke eine von dem Holzbildhauer Arnold Burmeister geschaffene Petermännchen-Skulptur an Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel. Der Landtag hatte die Figur im Rahmen einer Benefiz-Aktion der SVZ ersteinigt. „Wir haben die Aktion gern unterstützt“, sagte Renate Holznagel. „Zum einen unterstützen wir das Anliegen der Initiatoren, und außerdem gehört Petermännchen ja sowieso zum Schweriner Schloss.“ Der Erlös von 750 Euro kommt einem internationalen Kinder-Fußballturnier gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass zugute.